

Antrag 44/I/2020
Jusos Brandenburg
Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Überweisung an: Landtagsfraktion

Direkte Demokratie stärken – Online-Unterschriftensammlungen für Volksinitiativen

1 Der SPD-Parteitag fordern die
2 SPD-geführte Landesregierung
3 zur Einführung eines Tools auf,
4 das es ermöglicht, Unterschriften
5 für Volksinitiativen auch online
6 zu sammeln sowie die Samm-
7 lung von Unterschriften für ein
8 Volksbegehren auch außerhalb
9 von Ämtern zu gestatten. Zu-
10 sätzlich wird die Prüfung der
11 Online-Unterschriftensammlung
12 für Volksbegehren gefordert.

13

14 **Begründung**

15 Erst kürzlich haben zwei Volks-
16 initiativen in Brandenburg, die
17 sich beide mit dem Thema Insek-
18 tenschutz beschäftigten wieder
19 gezeigt, wie groß das Interesse an
20 direktdemokratischen Prozessen
21 ist. Brandenburg hat von allen
22 Bundesländern von 1946-2019
23 die dritt meisten Volksinitiati-
24 ven von allen Bundesländern
25 vorzuweisen und das obwohl
26 diese erst seit 1992 möglich sind.
27 Dies liegt neben einer regen

28 politischen Beteiligung auch an
29 den niedrigen Quoren, die wir
30 für die Volksinitiativen ansetzen.
31 Trotzdem ist eine Volksinitiative
32 für die Initiator*innen weiterhin
33 mit hohem Aufwand verbunden,
34 nötig sind mindestens 20.000
35 Unterschriften. Diese Hürde
36 erschwert es allen, die nicht in
37 mitgliederstarken Organisatio-
38 nen oder Verbänden organisiert
39 sind, erheblich, ihren Anliegen
40 Gehör zu verschaffen. Durch
41 die Möglichkeit einer Online-
42 Volksinitiative zusätzlich zu den
43 bereits bestehenden Möglich-
44 keiten ließe sich der Aufwand
45 für die Initiator*innen erheblich
46 reduzieren, ohne dass die demo-
47 kratische Hürde gesenkt werden
48 müsste.

49 Analog und im besonderen gilt
50 dies auch für Volksbegehren.
51 Denn in Brandenburg fanden
52 zwar seit 1992 42 Volksinitiati-
53 ven statt, jedoch kein einziger
54 Volksentscheid. Dies liegt einer-
55 seits daran, dass viele Initiativen
56 durchs Parlament angenommen
57 werden. Allerdings liegen ande-
58 rerseits auch die Hürden für ein
59 Volksbegehren und damit auch
60 für einen Volksentscheid deutlich
61 höher als für eine Volksinitiative.

62 Es müssen mindestens 80.000
63 Unterschriften gesammelt wer-
64 den, der Aufwand steigt also,
65 zumal diese auf amtlichen Unter-
66 schriftenlisten geleistet werden
67 müssen, also nicht mehr auf der
68 Straße oder bei Veranstaltun-
69 gen gesammelt werden dürfen.
70 Allerdings liegen hier auch die
71 Sicherheitsbedenken höher, da
72 die Manipulation eines Volksbe-
73 gehrens noch deutlich größere
74 Auswirkungen hätte als die einer
75 Volksinitiative.
76 Ziel sollte jedoch eine sichere
77 Plattform nach Vorlage der Peti-
78 tionsplattform des Bundestages
79 sein, auf der jede*r Stimmbe-
80 rechtigte*r ihre*seine demokra-
81 tischen Rechte unkompliziert und
82 verbindlich wahrnehmen kann.